

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 866 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Rudolf Scharping MdL zur C-Waffen-Konferenz in Paris und zu den jüngsten Verurteilungen von Protestierenden gegen das US-Giftgaslager bei Pirmasens: Hier Verurteilungen - dort Ruf nach Ächtung.
Seite 1

Konstanze Wegner MdB zum 70. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs: Worin liegt die Bedeutung der Sozialistin?
Seite 3

Herbert Bermeitinger zum Jahr der Jubiläen und Gedenktage: Nachdenklichkeit nicht Festesfreude ist das Gebot.
Seite 5

Robert Leidinger MdB zum Festhalten der Bundesregierung an der Wehrdienstverlängerung: Unverantwortliche Fehlentscheidung.
Seite 6

44. Jahrgang / 6

9. Januar 1989

Hier Verurteilungen - dort Ruf nach Ächtung

Zur C-Waffen-Konferenz in Paris und zu den jüngsten Verurteilungen von Protestierenden gegen das US-Giftgaslager bei Pirmasens

Von Rudolf Scharping MdL

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

Es ist unglaublich, aber wahr: Fast zur gleichen Zeit, da sich in Paris auf Einladung des französischen Präsidenten Mitterrand die Vertreter von 145 Nationen der Frage zuwenden, wie die chemischen Waffen künftig nicht nur geächtet - die Ächtung hat der Völkerbund schon vor sechs Jahrzehnten beschlossen -, sondern auch kontrolliert abgebaut werden, da stehen in der pfälzischen Stadt Pirmasens Frauen und Männer vor Gericht, die durch ihre Sitzblockaden auf das US-Giftgaslager in Fischbach bei Pirmasens aufmerksam gemacht haben.

Die Prozeßlawine vor dem Pirmasenser Amtsgericht ist am vergangenen Wochenende ins Rollen gekommen und wird vermutlich weit länger dauern, als der C-Waffenkongreß in Paris, denn aus der Antigiftgasdemonstration in Fischbach filterte die rheinland-pfälzische Justiz nicht weniger als 175 Strafverfahren wegen Nötigung oder wegen eines Nötigungsversuches heraus. Die ersten sechs der 175 Verfahren vollzogen sich nach dem in den letzten Jahren üblich gewordenen Schema-F-Verfahren, deshalb ist zu der rechtlichen Seite dieser Vorgänge zunächst nichts weiter zu sagen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie
mit umweltlichen Rückfragen
Recycling-Papier



Umso deutlicher muß festgestellt werden, daß das schematische Vorgehen gegen Mitglieder der Friedensbewegung nicht nur bei den direkt Betroffenen auf Unverständnis und Widerspruch stößt, insbesondere vor dem Hintergrund weltweiter Bemühungen um eine Beseitigung der chemischen Teufelswaffen in den Militärdepots in Ost und West. In Fischbach wurde 1988 nicht das erste Mal protestiert, und es wird gewiß weitere Proteste geben, weil dort offenkundig überalterte amerikanische Giftgasbestände lagern, die eine dauernde Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Immer wieder ist vergeblich darauf hingewiesen worden, daß die deutschen Behörden für Gefahrfälle nicht vorbereitet sind, auch nicht die Organe des deutschen Katastrophenschutzes. Dabei wäre die in Aussicht gestellte Wegschaffung des Giftgases in die USA eine besondere Gefahrenquelle, da auch bei Fachleuten der Transport als problematischer angesehen wird, als die Lagerung.

Erfreulicher als die Nachrichten aus Pirmasens sind die Meldungen aus Paris: Die Ankündigung der UdSSR, sie werde „noch in diesem Jahr mit der Zerstörung der Chemiewaffenvorräte beginnen“, stimmt zuversichtlich, zumal Außenminister Schwardnadse von vorneherein die Nachprüfbarkeit in das sowjetische Abbauprogramm mit einbezog. Das Wort des sowjetischen Außenministers, die Zeit der „pathologischen Geheimniskrämerei“ sei vorbei, muß jetzt auch für die bei uns in der Bundesrepublik vorhandenen Giftgaslager gelten, denn bislang haben sich nicht nur die US-Streitkräfte und die NATO hinter absoluter Geheimhaltung verschanzt, sondern auch das Bundesverteidigungsministers, erst recht natürlich die Landesregierung in Mainz. Schwardnades Ankündigung läßt also hoffen. Auch bei uns.

(-/9.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Worin liegt die Bedeutung Rosa Luxemburgs heute?

Zum 70. Jahrestag der Ermordung der Sozialistin

Von Konstanze Wegner MdB

Rosa Luxemburgs Person und Werk sind bis auf den heutigen Tag umstritten geblieben. Lenin nannte sie einen „Adler“, für bürgerliche, aber auch für sozialdemokratische Zeitgenossen war sie die „rote“, später sogar die „blutige“ Rosa. Daß diese Wertungen bis in die Zeit der Bundesrepublik Bestand haben, zeigte im Jahr 1974 das Echo auf eine Sondermarke der Bundespost mit dem Bild Rosa Luxemburgs. In einem der zahlreichen Protestbriefe an den damaligen Postminister Ehmke hieß es: „Jetzt kommen also die roten linksextremen Flintenweiber und Emigrantinnen auf deutsche Postwertzeichen.“

Mit der Veröffentlichung von Rosa Luxemburgs Briefen aus dem Gefängnis wurde dann ein ganz anderes Luxemburg-Bild deutlich, das Bild einer sensiblen Frau mit einer tiefen Beziehung zu Blumen, Tieren, zur Natur überhaupt.

Weshalb beschäftigen wir Sozialdemokraten uns heute mit Rosa Luxemburg? Mir scheint, vornehmlich aus zwei Gründen. Einmal ist ihre Lebensgeschichte über weite Strecken Teil unserer Parteigeschichte, damit Bestandteil der Tradition, aus der wir kommen. Zum anderen haben Rosa Luxemburgs Person und Werk Aktualität und Aussagekraft auch für die gegenwärtige Situation unserer Welt.

Wie sah die Sozialdemokratie aus, in die Rosa Luxemburg um die Jahrhundertwende als Polin, Jüdin und internationale Sozialistin kam, um zu arbeiten, zu leben und zu kämpfen? Ebenso wie das deutsche Kaiserreich war auch die deutsche Sozialdemokratie von Widersprüchen geprägt. Die Partei hatte alle Verfolgungen des Sozialistengesetzes siegreich überstanden, sie hatte die größte Parteiorganisation Europas aufgebaut, sie hatte gemeinsam mit den Gewerkschaften zahllose Verbesserungen für die Lage der arbeitenden Menschen durchgesetzt.

Es war ihr aber nicht gelungen, die politischen Strukturen des Kaiserreichs im Sinne einer Demokratisierung zu verändern, etwa das preußische Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen, die Rechte des Reichstages zu stärken oder Einfluß auf die Außenpolitik zu nehmen. Der Widerspruch zwischen organisatorischer Größe und politischer Einflußlosigkeit wurde in der Partei durchaus empfunden. Seit der Jahrhundertwende bildeten sich drei Gruppierungen heraus, die diese Probleme auf unterschiedliche Weise zu lösen versuchten, wobei sie sich untereinander mitunter heftiger bekämpften als den politischen Gegner.

Wofür trat Rosa Luxemburg ein?

1. Im Gegensatz zu den Revisionisten um Bernstein und dem orthodoxen Parteizentrum um Bebel und Kautsky hielt sie in Theorie und Praxis an der Revolution fest. Sie glaubte an die Spontaneität und Produktivität der Volksmassen und sah im Massenstreik eine Möglichkeit zu ihrer Mobilisierung und Bewußtseinssteigerung. Diese Sicht brachte sie in Konflikt mit der Mehrheit in Partei und Gewerkschaften, die dieses Instrument entweder gar nicht oder nur im äußersten Notfall anwenden wollte. Ihr Revolutionsbegriff stand auch in krassem Gegensatz zu Lenins Theorie einer kleinen elitären Gruppe von Berufsrevolutionären. So sehr Rosa Luxemburg die russische Revolution von 1917 begrüßt hat, so hellichtig hat sie bereits 1918 mögliche totalitäre Entartungen dieser Revolution vorausgesehen.
2. Rosa Luxemburg trat für die Erhaltung des Friedens ein und kämpfte gegen den Militarismus in allen seinen Ausprägungen. Auf Parteitag und auf Kongressen der Internationale setzt sie sich für schärfere verpflichtende Beschlüsse zur Kriegsverhinderung ein. In ihrer Verteidigungsrede vor Gericht 1914 hat sie gesagt: „Wenn die Arbeiterklasse zu der Erkenntnis und dem Entschluß kommt, die Kriege nicht zuzulassen, dann sind die Kriege unmöglich geworden.“ Aus dieser Position heraus konnte sie das Verhalten der SPD-Führung bei Kriegsausbruch nur als Verrat empfinden.

Über die Frage der Bewilligung der Kriegskredite brach die Partei schließlich auseinander. Rosa Luxemburg ging den Weg der Linken über die Gruppe Internationale zum Spartakusbund und zur Gründung der KPD bis zu ihrer Ermordung durch die Freikorps.

3. Rosa Luxemburg wandte sich gegen Bürokratisierung, autoritäres Verhalten und Mittelmäßigkeit, auch bei den eigenen Genossen. Sie glaubte das Recht auf ihrer Seite, ob es nun um den Konflikt mit den Revisionisten ging, um die politische Linie einer Parteizeitung oder um den Kampf gegen die sogenannten „Verräter“ von 1914. Sie vertrat ihre Position analytisch und rhetorisch brillant, aber mitunter auch mit verletzender Schärfe.

Rosa Luxemburg hat kein geschlossenes theoretisches System hinterlassen. Sie entzieht sich jeder billigen Eingemeindung. Sie würde sich heute mit Sicherheit weder in der SPD, noch in der DKP, noch in der SED zuhause fühlen.

70 Jahre nach ihrem Tod sehen wir manches anders als sie, etwa die Entwicklung des Kapitalismus oder die Frage der Spontaneität der Massen. Das mindert nicht im geringsten ihre Aktualität. Ihr kompromißloser Einsatz für Frieden, internationale Solidarität, gegen totalitäre Machtansprüche, Mittelmäßigkeit und Obrigkeitsdenken bleiben verpflichtend und faszinierend bis auf den heutigen Tag.

(-/9.1.1989/vo-he/rs)

* * *

1989 – Jahr der Jubiläen und Gedenktage

Nachdenklichkeit, nicht Festesfreude ist das Gebot

Von Herbert Bermeitinger
Sprecher der SPD Rheinland-Pfalz

Das eben begonnene Jahr 1989 ist ein Jahr der politisch bedeutsamen Jubiläen und Gedenktage: Vor 200 Jahren begann die französische Revolution, vor 125 Jahren wurde die erste Sozialistische Internationale gegründet, vor 70 Jahren in Deutschland ein Reichstag nach dem von der SPD 1918 erstrittenen Frauenwahlrecht gewählt, und mit dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert erhielt das Deutsche Reich 1919 das erste demokratische Staatsoberhaupt. Vor 40 Jahren erfolgte nach der Verabschiedung des Grundgesetzes die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, auch der 1949 erstmals gewählte Deutsche Bundestag kann sein 40jähriges Bestehen feiern.

In diesem Jahr jähren sich aber auch andere bedeutsame Ereignisse: Vor 75 Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 50 Jahren entfachte Hitler-Deutschland den Zweiten Weltkrieg mit dem Feldzug gegen Polen. Vor dem Hintergrund dieser Daten ist an Jubilieren und selbstzufriedenes Festtagsreden nicht zu denken. Nötig ist Auseinandersetzung, kritische Auseinandersetzung mit der besonderen deutschen Geschichte. Wer Jahrestage nicht nur in den Dienst der Tagespolitik oder gar der Parteipolitik stellt, muß sie im Zusammenhang sehen wollen, muß historische Versäumnisse und Zusammenhänge diskutieren. Über den Veranstaltungen zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik, die die CDU bis in die letzte Ortsgruppe nutzen will, dürfen die Jahrestage der Weltkriege, die zur Vorgeschichte der Bundesrepublik und zur Geschichte des geteilten Deutschlands gehören, auf keinen Fall ausgeblendet werden.

Sicher wird dies - mit uns Sozialdemokraten - einer nicht tun: Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dessen Amt auch 40 Jahre alt wird, und der selbst am Beginn einer zweiten Amtsperiode steht, getragen auch von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesversammlung.

Und noch eines: Hitler würde am 20. April 1989 100 Jahre alt. Das ist kein Grund zu feiern, abgesehen für jene Unbelehrbaren, die nicht erkennen wollen, daß dieser Mann Deutschland und Europa Millionen von Toten, Zerstörung und Verwüstung gebracht, und der den Deutschen ein zerrissenes Land hinterlassen hat. Aber es hat keinen Sinn, dieses Datum des Mannes aus Braunau aus dem Kalender der jüngsten deutschen Geschichte streichen oder übergehen zu wollen. Gerade weil mit dem wachsenden Abstand vom Zweiten Weltkrieg gewisse Leute Hitler wieder zu verherrlichen suchen, ist auch mit ihm eine offensive Auseinandersetzung das Gebot der Zeit. (—/9.1.19889/vo-he/rs)

* * *

Unverantwortliche Fehlentscheidung

Zum Festhalten der Bundesregierung an der Wehrdienstverlängerung

Von Robert Leidinger MdB
Oberstleutnant a.D.

Ein stures Festhalten an der beschlossenen Wehrdienstverlängerung wäre schlicht eine Fehlentscheidung, die sachlich nicht zu rechtfertigen ist und die in unverantwortlicher Weise Hunderttausende von jungen Wehrpflichtigen zur billigen Manövriermasse einer konzeptionslosen Planung der Hardthöhe degradieren würde. Denn die sogenannten Alternativen von Generalinspekteur Wellershoff, entweder jetzt 18 Monate oder später dafür 21 Monate Wehrpflicht, sind überholt und als starres Festhalten an unrealistischen Umfangszahlen der Streitkräfte zu werten.

Das sogenannte „operative Minimum“ von 456.000 Soldaten wird nicht zu halten sein. Dies weiß auch der Generalinspekteur. Deshalb beweist diese Argumentation nur die Unfähigkeit der Hardthöhenplaner, ein zukunftsorientiertes Verteidigungskonzept auf realistischer Grundlage zu entwickeln. Und es zeigt gleichzeitig in erschreckender Weise eine mangelnde Bereitschaft zur Streitkräftereduzierung. Als Alibi dafür wird ein überzogenes Feindbild der „invasionsfähigen Gefahr aus dem Osten“ kultiviert.

Dies ist falsch und führt zunehmend zu den beklagten Akzeptanzverlusten, mit der Folge, daß die schwindende Attraktivität der Bundeswehr weiter sinkt. Eine sachlich ungerechtfertigte Wehrpflichtverlängerung jetzt würde diese Probleme weiter drastisch verschärfen. 500.000 Wehrpflichtige als „planerische Verfügungsmasse für Jahre im Stau der Hardthöhe“ können nicht akzeptiert werden. Es wäre ein gesellschaftspolitischer Skandal, würden die Chancen junger Menschen einer militärisch fragwürdigen Entscheidung geopfert. Die Folgen für Motivation und Akzeptanz wären unübersehbar, empörende Auswirkungen auf die strapazierte Wehrgerechtigkeit zwangsläufig.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb die Bundesregierung auf, jetzt auf die Wehrpflichtverlängerung zu verzichten. Notfalls ist auch zunächst eine bloße Verschiebung um einige Jahre vertretbar, wenn die gewonnene Zeit konsequent zu Verhandlungen genutzt und eine neue bedrohungsgerechte und rein defensive Wehrstruktur mit realistisch reduziertem Umfang auf den Weg gebracht wird.

(-/9.1.1989/vo-he/rs)